

**zusammen leben**

**zusammen**

**lernen**

zusammenzusammen.de

PRESSEMITTEILUNG

### **Stadt macht Bildung: „Der Senat steht in der Verantwortung!“**

Am 10.12 luden die „Patriotische Gesellschaft“ und die Initiative **zusammen leben zusammen lernen** zu einer Diskussionsveranstaltung ein, in deren Mittelpunkt die Fragen der Bildungsgerechtigkeit in der „wachsenden Stadt“ und die dafür notwendigen Planungsprozesse standen.

Dazu eingeladen hatten die Veranstalter den renommierten Architekten und Schulbauberater **Jochem Schneider** als Hauptreferenten, die Amtsleiter/innen **Susanne Metz** (BSW) und **Holger Stuhlmann** (BASFI), den Geschäftsführer von Schulbau Hamburg **Ewald Rowohlt**, den Unternehmer **Cord Wöhlke** (Eigentümer von Budnikowski) und **Jochen Blauel** von der „Initiative Schulcampus Lohsepark“.

Jochem Schneider führte aus, dass es transparenter und beteiligungsorientierter Prozesse bedarf: „Aber es braucht auch robuste Steuerungsinstrumente und ein klar strukturiertes Management, wenn innovative Schul- und Quartiersentwicklungsprozesse erfolgreich sein sollen.“ Dazu lägen viele Erkenntnisse und auch gute Beispiele vor, die schweren Defizite lägen aber in der Umsetzung vor Ort.

Bemerkenswert war die große Übereinstimmung zwischen den Fachleuten, Publikum und Veranstaltern in der Identifizierung und Analyse der Probleme:

Zu sehr noch würden Planungen nebeneinander statt miteinander betrieben, das Denken findet in den hergebrachten „Säulen“ der Fachbehörden statt. Unterschiedliche Leitvorstellungen und Entscheidungsstrukturen prägen noch allzu oft das Handeln und die Abläufe. Die Intensität, mit der die Zivilgesellschaft einbezogen werde, müsse ausgebaut werden, zu oft sei sie dem Zufall überlassen.

Dazu wurde z.B. aus dem Publikum über die Pläne der BSB berichtet, die Grundschulabteilung der Max Brauer Schule zu verdoppeln und dass diese Entscheidung ohne einen Beteiligungsprozess abgelaufen sei.

Cord Wöhlke als Unternehmer betonte, dass es gelingen müsse, „Wohlstandsgewinne“ auch in sozialen Brennpunkten zu erzielen, Gesellschaft und Wirtschaft können es sich nicht leisten, so viele junge Menschen zurück zu lassen.

Hoffnung setzen die Behördenvertreter in die neue von Senat, Fachbehörden und Bezirken getragene „Quartiersinitiative Urbanes Leben“.

Auch im Ergebnis war man sich weitgehend einig: Guter Wille allein auch bei hochrangigen Behördenvertretern reiche nicht aus. Es bedürfe schleunigst zentraler Vorgaben und einer behördenübergreifenden Gesamtstrategie. Dazu die Sprecherin der Initiative **zusammen leben zusammen lernen**, **Anna Ammon**: „Wir brauchen jetzt dringend ein politisches Signal von Seiten des Senats, dass er die Probleme erkannt hat und mit kompetentem Personal, strategischen Vorgaben und Standardsetzungen Lösungen herbeiführen wird. Wir werden zusammen mit anderen gesellschaftliche Organisationen einfordern, dass der Senat eine entsprechend ausgestattete Kompetenzebene für eine koordinierte zukunftsfähige Stadt- und Bildungsentwicklung schafft.“